



Österreichischer Gewerkschaftsbund  
**GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST**

Gewerkschaft Berufsschule

1010 Wien | Schenkenstraße 4/5. Stock | Tel.: 01 53454-466,

E-Mail: andreas.mascher@goed.at | Mobil: 0664 829 85 71

Homepage: [www.goed-berufsschule.at](http://www.goed-berufsschule.at) – ZVR: Nr. 576439352 – [www.oegb.at/datenschutz](http://www.oegb.at/datenschutz)

---

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung

BMBWF – II/3 Schulrechtslegistik

per E-Mail: [begutachtung@bmbwf.gv.at](mailto:begutachtung@bmbwf.gv.at)

Wien, 09.06.2020

**Stellungnahme Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz und das Land- und forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz geändert werden (Ethikunterricht)**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
die Bundesleitung 12 für berufsbildende Pflichtschulen hält fest:

Mit dem übermittelten Gesetzesentwurf wird in den Erläuterungen auf Folgendes hingewiesen:  
*„Für Schülerinnen und Schüler, die an keinem Religionsunterricht teilnehmen, besteht derzeit kein dem Religionsunterricht entsprechendes Bildungsangebot. Schülerinnen und Schüler, die nicht an diesem teilnehmen, erhalten daher keine Bildung im gleichen Ausmaß, wie Teilnehmende am Religionsunterricht, unabhängig davon ob es sich um Personen ohne religiöses Bekenntnis, Anhänger religiöser Bekenntnisgemeinschaften oder vom Religionsunterricht Abgemeldete handelt.“*

Im Bereich der Berufsschulen wird konfessioneller Religionsunterricht nur in den beiden Bundesländern Tirol und Vorarlberg als Pflichtgegenstand angeboten. **Deshalb soll der vorliegende Entwurf dahingehend abgeändert werden, dass er auf die berufsbildenden Pflichtschulen ausgeweitet wird.**

In allen anderen Bundesländern besteht das Angebot nur in Form eines Freigegegenstandes. Im Sinne einer **Gleichberechtigung aller Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II** fordern wir die Gleichstellung und somit die Anpassung in der Form, dass konfessioneller Religionsunterricht für alle Bundesländer als Pflichtgegenstand eingeführt wird.

Für alle anderen Schülerinnen und Schüler (ohne Religionsbekenntnis, Anhänger religiöser Bekenntnisgemeinschaften oder vom Religionsunterricht Abgemeldete) soll analog dem vorliegenden Entwurf der Pflichtgegenstand Ethik angeboten werden.

Über alle Pädagogischen Hochschulen in Österreich soll sichergestellt werden, dass ausreichend Ausbildungsangebote in Form von Lehrgängen für den Gegenstand Ethik angeboten werden.

Freundliche Grüße  
Vorsitzender Andreas Mascher e.h.

Hinweis: Stellungnahme ergeht auch an [begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at),  
[zentrasekretariat@goed.at](mailto:zentrasekretariat@goed.at)